

**Zeitschrift:** Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO  
**Herausgeber:** Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS  
**Band:** 98 (2001)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Familienpolitik : ein Modetrend oder konjunkturresistent? : Überlegungen aus Referaten an der SKOS-Informationstagung in Zürich  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-840740>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 10.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Familienpolitik – ein Modetrend oder konjunkturresistent?

### Überlegungen aus Referaten an der SKOS-Informationstagung in Zürich

*Familienpolitik, darin waren sich die einladende SKOS sowie die ReferentInnen an der Kongresshaustagung einig, hat Konjunktur, ist «en vogue» und endlich, so die SKOS, in Öffentlichkeit, Wirtschaft und Politik «einbrisantes Thema» geworden. Im Folgenden einige Überlegungen aus den Referaten und einer Gesprächsrunde zu möglichen Gründen dafür und dazu, wo das Aktuelle bereits handfest ist.*

Das Thema der Tagung sei aktuell, «man nimmt Ihr Thema ernst», sagte Regierungsrätin **Rita Fuhrer** in ihrer kurzen Begrüssungsrede vor dem 350-köpfigen Publikum. Die Regierungsrätin ist im Kanton Zürich als Vorsteherin Soziales und Sicherheit zuständig unter anderem für Familienpolitik und Sozialhilfe. Zur Illustration von Aktualität und Ernsthaftigkeit verwies Rita Fuhrer auf verschiedene Abklärungen und Studien im Kanton, deren eine sich zum Beispiel mit einkommensschwachen Familien befasst, während eine andere die Situation der Familien generell – unter sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten – untersucht. Zur Zeit werde in ihrem Departement, so Fuhrer, die Einführung «bedarfsabhängiger Zulagen zur Existenzsicherung von Familien» überprüft. Dies hatte die Schweizerische Sozialdirektoren Konferenz (SODK) im Nachgang zur OECD-Studie von 1999 empfohlen, welche die Sozialhilfesysteme der Schweiz und Kanadas miteinander verglichen hatte. Ein Ergebnis der Studie war nämlich: Nationale Kin-

derzulagen sind in Kanada erfolgreich, sie führten dazu, dass die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Familien abnahm. An die Abklärungen werden sich laut Fuhrer Berechnungen über einen allfälligen Systemwechsel in Sachen Zusatzleistungen für einkommensschwache Familien anschliessen. Dabei gehe es sowohl um das Tessiner Modell als auch um die Prüfung anderer Varianten. «Über die Realisierungsseite eines neuen Systems wird massgeblich die Kostenseite entscheiden», sagte Rita Fuhrer.

Der vielfältige Überblick mit Zahlen und Fakten zur nur scheinbar einfachen Frage: «Was ist überhaupt Familie?», gipfelte in der Feststellung des Bundesstatistikers **Werner Haug**, dass Familie eben «viel mehr – und zunehmend mehr –» sei als eine «Gemeinschaft von Erwachsenen mit Kindern», wie die Bundesverfassung definiere. Familien sind laut Haug «Lebens-, Arbeits- und Dienstleistungsgemeinschaft verschiedener Lebensalter und Generationen und sind als solche zu schützen und zu fördern». In die Schlussbemerkungen des Statistikers flossen Aussagen ein wie diese: «‘Familie’ und ‘familiäre Werte’ stehen bei Umfragen regelmässig zuerst auf der Beliebtheits- und Wunschkala. ‘Familie’ steht für Zugehörigkeit, Sicherheit, Wohlbefinden und Schutz vor äusseren Widrigkeiten. Aber Familien sind gleichzeitig verletzliche Gebilde. Sie erbringen zwar viele Leistungen, aber diese werden gesellschaftlich

oft schlecht honoriert und stehen in starker Konkurrenz zu anderen Leistungssystemen. (...) Was Familien brauchen, sind keine Ideologien sondern Entlastungs- und Unterstützungsmassnahmen, die pragmatisch auf die realen Bedürfnisse von Kindern, Eltern und Erwachsenen eingehen und Voraussetzungen schaffen, damit sich Familien als verletzliche Beziehungsnetze bewähren und entfalten können. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Unterstützung jener, die Familien- und Betreuungsarbeit leisten – und das sind auch nach wie vor grossmehrheitlich die Frauen!»

Später am Tag trafen sich auf der Kongresshaus-Bühne die SP-Nationalräatin **Jacqueline Fehr** und der Vizedirektor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, **Hans Rudolf Schuppisser**, zum Gespräch. Moderiert von **Carlo Knöpfel**, SKOS-Geschäftsleitungsmitglied, war ein zentraler Punkt die vom Parlament bewilligte Anstossfinanzierung von je 100 Millionen Franken über zehn Jahre für familienergänzende Kinderbetreuungsangebote. Im Laufe der Diskussion stellte Knöpfel etwas provokativ fest, die angeführten Argumente für eine wirksame Familienpolitik seien wahrhaftig nicht neu – und doch sei Familienpolitik heute «en vogue». Weshalb? Laut Hans Rudolf Schuppisser hängt dies mit den Veränderungen in der Gesellschaft allgemein, mit den Bedürfnissen der Frauen sowie dem Bedarf der Wirtschaft im Speziellen zusammen. So wollten die jungen gut ausgebildeten Frauen nicht länger zu Hause angebunden sein. In den 90er Jahren sei die Erwerbsquote der Frauen massiv gestiegen, und die Erwerbsquote der Frauen sei ein wachstumsbestimmender Faktor für die Schweiz. Wichtiger Ausgangspunkt für die familienpoli-

tischen Vorstösse des Arbeitgeberverbandes von Anfang 2001 war zudem die Tatsache, so Schuppisser, dass «40 Prozent der Schulkinder nicht betreut sind. Das will kein Arbeitgeber.»

Seit Jahrzehnten hätten sich viele, vor allem Frauen erfolglos abgemüht, Familienpolitik zu einem politischen Thema zu machen, sagte Jacqueline Fehr. Auch sie führt für diesen Umschwung in der politischen und wirtschaftlichen Wertung des Themas konkrete Punkte an: So die tiefen wirtschaftlichen Spuren, die die 90er Jahre hinterlassen hätten. Und auch heute, im Aufschwung, gebe es eine Bevölkerungsgruppe, die an Ort trete oder sogar verliere. Gleichzeitig habe sich gezeigt, dass trotz Rezession die Erwerbsarbeit der Frauen zunahm. «Diese wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen kristallisierten sich stark bei der Bevölkerungsgruppe Familie», sagte Fehr. Und offensichtlich sei verschiedenen Gruppierungen bewusst geworden, «hier drückt der Schuh». «Familienpolitik ist keine Modeerscheinung, kein Strohfeuer – vielmehr die Aufgabe der nächsten Jahre», betonte Fehr und auch Schuppisser hielt fest, die familienpolitischen Forderungen des Arbeitgeberverbandes seien «konjunkturresistent».

**Anna Liechti**, Fachfrau bei pro juventute, schloss ihr Referat über «Familienpolitik in der Gemeinde – Vernetzung an Ort und Stelle» mit einer «kleinen Provokation»: «Ich glaube, dass sowohl in der Sozialhilfe als auch in der Familienpolitik ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat. So sagen wir heute nicht mehr, man muss Familien unterstützen, weil sie Kinder haben. Sondern: Wir wollen gesellschaftliche Rahmenbedingungen schaffen, damit Familien ihre Aufgaben erfüllen können. Wir spre-

chen lieber vom Familienleistungs- als vom Familienlastenausgleich. Denn Kinder sind für Familien keine Last. Vielmehr sollen die Leistungen, die Familien im Interesse der ganzen Gesellschaft erbringen, finanziell abgegolten werden. In der Sozialhilfe betonen wir nicht mehr die Bedürftigkeit, sondern die Ressourcen, welche die KlientInnen mitbringen. Wir bestimmen nicht einfach über sie, sondern sie bestimmen mit. Das sind keine Wortspielereien. Dahinter verbergen sich neue Forderun-

gen und eine andere Haltung unseren Zielgruppen gegenüber. Wir wollen Familien nicht unterstützen, sondern fördern. Wir wollen nicht nur die materielle Existenz der KlientInnen sichern, wir wollen sie sozial integrieren. Unsere eigenen Ansprüche an die Familienpolitik und die Sozialpolitik sind grösser geworden. Theoretisch haben wir diesen Wandel vollzogen, in der Praxis müssen wir die Beweise dafür noch erbringen.»

gem

## Volksinitiative «für faire Kinderzulagen»

Der Christlichnationale Gewerkschaftsbund (CNG) hat anlässlich seiner Delegiertenversammlung von Mitte November seine Volksinitiative «für faire Kinderzulagen» lanciert. Ziel ist es, für jedes Kind schweizweit die gleich hohe Zulage zu erreichen und so unter anderem «mit dem Zulagen-Chaos» aufzuräumen, wie es im CNG-Pressedienst heißt. Der CNG möchte in der Verfassung einen einheitlichen Satz von 15 Franken pro Tag und Kind, also 450 Franken im Monat, verankern. Dieses neue System würde, so zitieren Medien den CNG, 9,2 Milliarden Franken kosten. Die Mehrkosten werden mit 3,9 Milliarden veranschlagt. Sie sollen von Bund und Kantonen übernommen werden; die Arbeitgeber würden ungefähr gleich stark belastet wie bisher.

«Um Familien mit kleinen und mittleren Einkommen besser zu stellen und vor dem Fall in die Armut und die Abhängigkeit der Fürsorge zu schützen, sind höhere Kinderzulagen das bessere Instrument» als Kinderkrippen, hält

Martin Flügel, beim CNG Leiter Sozialpolitik, fest. Die Eltern hätten so immer noch die Möglichkeit, ihre Kinder in eine Krippe zu geben und die von ihnen bevorzugte Familienform zu leben. Für den CNG stehe «ganz klar das Wohl der Familie und nicht ein wirtschaftlicher Zwang» im Vordergrund, weshalb er die von ihm berechneten 7,5 Milliarden Franken für genügend Krippen und Tageschulen lieber für höhere Kinderzulagen einsetzen möchte. Denn «nur unter dieser Bedingung ist die Schaffung von Krippenplätzen für den CNG ein sinnvolles Anliegen», hält Flügel fest.

gem/pd

**Infos:** Unter [www.kinderzulagen.ch](http://www.kinderzulagen.ch) findet sich ein Argumentarium zur Kinderzulagen-Initiative. Bei ZeSo-Redaktionsschluss war die Website noch im Aufbau, so dass die Initianten und MiträgerInnen der Initiative nicht via Link zu eruieren waren: Sie sind zu finden unter: [www.kinderzulagen.ch/wer.html](http://www.kinderzulagen.ch/wer.html)